

Taz, 03.03.2010

Umstrittener Warnstreik beim Klinikum der Diakonie

TARIFSTREIT Ver.di will bessere Bezahlung durchsetzen. Geschäftsführer spricht von Übergangsproblem

Es ist zwar umstritten, ob sie es überhaupt dürfen: Trotzdem haben am Dienstag rund 100 Beschäftigte des Diakonie-Klinikums ihre Arbeit ruhen lassen, um für eine bessere Bezahlung zu protestieren. Die Klinik-Mitarbeiter sehen sich tariflich gegenüber den Beschäftigten anderer Krankenhäuser und anderer Bereiche der Diakonie benachteiligt. Ob sie streiken dürfen, klärt heute das Arbeitsgericht in Bielefeld.

Bei kirchlichen Einrichtungen sind die Gehälter bisher einvernehmlich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgehandelt worden. Ein Streikrecht der Beschäftigten ist nicht vorgesehen und wurde auch nicht in Anspruch genommen, solange sich die Beschäftigten fair behandelt fühlten. Die Kirchen sprechen ihren Beschäftigten das Streikrecht mit dem Hinweis auf ihr Selbstbestimmungsrecht ab. Dagegen steht das Recht der Arbeitnehmer auf Koalitionsfreiheit. Beide sind im Grundgesetz verbürgt. Der Termin in Bielefeld ist der Beginn eines Prozesses, mit dem geklärt werden soll, welches Recht höher zu veranschlagen ist.

Die Hamburger Klinikums-Mitarbeiter wollten das nicht abwarten. "Sie sehen nicht mehr ein, dass sie für ihre gute Arbeit weniger Geld bekommen sollen als Beschäftigte in anderen Krankenhäusern, für die ein Tarifvertrag gilt", sagt Sabine Bauer, Sprecherin der Gewerkschaft Ver.di in Hamburg.

Jörn Wessel, der Geschäftsführer des Klinikums, bestreitet, dass seine Mitarbeiter schlechter bezahlt werden als die anderer Häuser. Das Problem sei, dass das Klinikum seine Gehaltsstruktur nach dem Vorbild des Bundesangestelltentarifs (BAT) umgestalte. Das führe in einer noch bis 2014 laufenden Umstellungsphase zu niedrigeren Einstiegsgehältern. **GERNOT KNÖDLER**

Hamburger Abendblatt, 03.03.2010

Tarifforderung

Arbeitskampf im Diakonie-Klinikum

120 von rund 800 Mitarbeitern des Diakonie-Klinikums Hamburg (DKH) haben gestern für mehrere Stunden die Arbeit niedergelegt. Sie protestierten "für Gehälter, von denen man in Hamburg leben kann", so Ver.di-Sekretär Arnold Rekitke. Derzeit würden am DKH Arbeitsvertragsrichtlinien gelten. Diese bedeuteten eine Gehaltsdifferenz von 150 bis 500 Euro monatlich zu den geforderten Tarifverträgen.(epd)